

Der Stadtrat von Sursee und die Mitte haben ihre Argumente gegen die Einführung eines Stadtparlaments vorgebracht, wobei sich die Argumente teilweise sehr ähneln.

Interessanterweise haben wir aber bisher in den Argumenten nur von Mutmassungen, Meinungen und Befürchtungen gelesen. Eine auf Fakten gegründete Argumentation fehlt völlig und lässt den Raum für Spekulationen weit offen, wovor sich Stadtrat und Mitte fürchten:

- Ein Gremium, welches dem Stadtrat genauer auf die Finger schaut als es der Controlling-Kommission möglich ist?
- Ein Gremium, in welchem faktenbasierte Argumente in die Diskussion eingebracht werden müssen?
- Ein Gremium, in welchem mit vertiefter Auseinandersetzung zwangsläufig Expertenwissen angehäuft wird?

Denken wir an die letzten, in Anbetracht der realen Stimmbevölkerung, eher dürtig besuchten Gemeindeversammlungen, so fallen doch einige Beobachtungen auf. Nebst den Parteien, welche regelmässig ihre Argumente für oder gegen ein Geschäft vorbringen, sind im höchsten Fall 1 – 2 Stimmen aus der Gemeindeversammlung zu vernehmen. Ist das die vom Stadtrat so geschätzte Auseinandersetzung mit den Stimmbürgern? Und weshalb verlieren Stadtrat und die Mitte kein Wort zur Ausgrenzung einer grossen Anzahl Stimmberechtigter (Alleinerziehender, Berufstätige etc.)?

Wenn Geschäfte behandelt werden, welche Partikularinteressen betreffen (in der Regel Liegenschaften, Bauvorhaben etc.), melden sich die Betroffenen vehement an der Gemeindeversammlung und geben der Diskussion mit Meinungsäusserungen einen neuen Verlauf. Die geäusserten Fakten können nicht überprüft werden und so entscheidet die Gemeindeversammlung häufig aufgrund von Meinungen und nicht auf der Basis von Fakten.

Wahrlich, wenn diese Form der Demokratie bewahrt werden soll, dann wird es allerhöchste Zeit für die Einführung eines Stadtparlaments in dem:

- Fakten die Grundlage der Auseinandersetzung bilden.
- Die Grösse des Parlaments ein Abbild der Stimmbevölkerung darstellt.
- Die Stimmbevölkerung ausserhalb einer Gemeindeversammlung aktiv in die Diskussion eingreifen kann.
- Der Stadtrat sich vertieft mit den Anliegen der Bevölkerung auseinandersetzen muss.
- Auch Parteilose im Parlament Einsitz nehmen können.
- Ein grosser Anteil der Stimmbevölkerung nicht permanent ausgegrenzt wird.
- Transparenz über die Diskussion und eingebrachten Voten herrscht.

Die Initiativparteien FDP, Die Liberalen, glp, Grüne und SVP vertreten in Sursee mit einem Stimmenanteil von rund 62% (Kantonsratswahlen 2023) einen Grossteil der Stimmbevölkerung von Sursee. Damit sind wir es auch der Stimmbevölkerung schuldig, ihnen an der Urne die Möglichkeit zu geben, ihre Form der Demokratiebeteiligung zu wählen.